

Regierungskonzept. Auch SPD-Wirtschaftsminister Fischer macht kein Hehl daraus: „Heute würden wir den Artikel 41 nicht mehr beschließen.“ Dabei kommt alter Spartakuskämpfer Fischer vom ultralinken marxistischen Flügel. Heute ist er Revisionist und weiß, daß solche voreiligen Sozialisierungs-Experimente, wie sie Schumacher 1946 aus propagandistischen Gründen brauchte, politische und ökonomische Dummheiten waren. Zumal die entscheidenden Betriebe der Grundstoffindustrie ohnehin durch Besetzergesetz 75 (Unterstellung der Gruben- und Hüttenwerke unter alliierte Kontrolle) von der Sozialisierung ausgenommen werden mußten.

Wie sie in Zukunft besitzrechtlich verwaltet werden sollen, kann erst in Zusammenhang mit der vielumstrittenen Neuordnung der Montan-Industrie geklärt werden. Nur einige minder wichtige Grubenbetriebe und Eisenwerke wurden von den Besatzern auf Hessens Sozialisierungsalter geopfert. Sie brachten Hessen größtenteils mehr Schaden als Profit. So die Braunkohlengruben im Kreis Fulda, die wegen Unrentabilität stillgelegt werden mußten.

Jetzt muß Finanzminister Tröger 150 000 DM als Darlehn berappen, um die Gläubiger der Staatsgruben zu befriedigen. Die wollten den früheren Inhaber und jetzigen Treuhänder einer Grube schon zum Offenbarungseid zwingen.

In noch ärgere Schwierigkeiten geriet das sozialisierte Braunkohlen-Schwefelkraftwerk Hessen-Frankfurt (Hefrag) in Wolfersheim. Hier mußte der Staat binnen acht Monaten 1,2 Millionen DM in bar und 0,8 Millionen DM als staatsverbürgte Kredite zuschießen.

Als er nicht mehr zahlen konnte, beschloß das Kabinett Anfang 1949 die früheren Eigentümer der Hefrag wieder den Betrieb verwalten zu lassen, mit der freundlichen Bitte, sich nun aber auch an der Bereitstellung von Mitteln zu beteiligen. So wurde die Sozialisierung ad absurdum geführt.

Das Experiment wirkte in vielfacher Hinsicht nachteilig für Hessen, so bei den Steuereinnahmen. Rechtzeitig gewarnte Betriebe verlegten rasch ihren Sitz in ein anderes Bundesland, bevor der hessische Sozialisierungsartikel in Kraft trat. So die Gewerkschaft „Wintershall“, Hessens bedeutendstes Bergbau-Unternehmen (Kali, Steinsalz, 1700 Belegschaftsmitglieder), dessen Verwaltung von Heringen nach Celle umzog.

Die von der Landesregierung gewünschte Ansiedlung neuer Industrien wurde ebenfalls blockiert. Vor einiger Zeit gab auch die Firma Osram endgültig ihren Plan auf, ihren Sitz nach Hessen zu verlegen — aus Angst vor Sozialisierungsmaßnahmen, obwohl Osram nach der gegenwärtigen Gesetzgebung gar nicht unter den hessischen Sozialisierungsparagrafen fallen würde.

Ministerpräsident Zinn hat weder Neigung noch Auftrag, neue Gesetzesvorlagen dieser Art durch die Parlamentsmaschine zu drehen. Im Gegenteil: man will revidieren, ohne dabei das sozialistische Gesicht zu verlieren. Und da liegt die Schwierigkeit. Zinn weiß noch nicht, wie er es den proletarischen Genossen seiner Partei sagen soll.

Insgesamt ist man sich in der Regierung aber klar, daß von den umstrittenen 45 Betrieben, die bisher enteignet wurden, allenfalls die Hälfte (in der Hauptsache Verkehrs- und Energiebetriebe) für eine dauerhafte Sozialisierung in Frage kommt. Wenn nicht der Staatsgerichtshof oder das Bundesverfassungsgericht die ganze hessische Sozialisierung zum Einsturz bringt.

## SCHLESWIG-HOLSTEIN

### Das geht gegen Sie

Schleswig-Holsteins reitender Ministerpräsident Walter Bartram hatte Pech beim letzten Turnier. Als er in der Hamburger Ernst-Merck-Halle repräsentativ für Schleswig-Holstein startete, ging er auf Stute „Original Holsatia“ im scharfen Tempo über die Hürden, konnte sich aber nicht placieren. „Holsatia“ verweigerte ein Hindernis und streifte zwei weitere ab.

Weniger forsch wäre Walter Bartram vielleicht besser zum Ziel gelangt. Das sagen seine CDU-Parteifreunde auch von Bartrams innenpolitischem Hürdenspringen, dem ein baldiges Ende bevorsteht, wenn sich Schleswig-Holsteins Christenführer, 2. Vorsitzender der CDU-Bundestagsfraktion Carl Schröter, durchsetzt.



Wenn nicht Zweiter in Rom, Erster in Gallien  
Im Kommen: Schröter

Schröter, partei-intern der „Landesfürst“ genannt, war schon im vergangenen Juli gegen Bartrams Nominierung für den Präsidentenstuhl, als die Spitzen des bürgerlichen Wahlblocks (CDU, FDP, DP) mit Waldemar Krafts listigen BHE-Vertretern im Honoratioren-Hotel „Kieler Kaufmann“ über eine Regierungsehe verhandelten.

Da hatte BHE-Chef Waldemar Kraft u. a. die Alternativforderung gestellt: wenn wir gemeinsam in die Regierung steigen, dann aber unter keinem stark profilierten Berufspolitiker als Regierungschef. CDU-Doppeldoktor Paul Pagel, heute Innenminister in Kiel, war ihm noch zu kräftig profiliert. Zu Dr. Walter Bartram, dem CDU-Kreisvorsitzenden und Kraftfutterfabrikanten in Neumünster, dagegen sagte Waldemar Kraft: „Ja“.

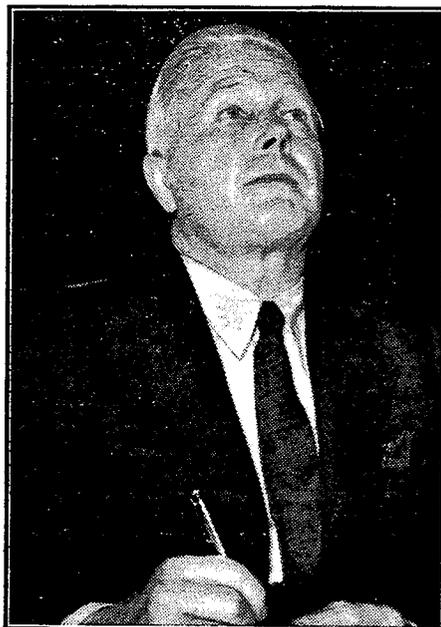
Bartram war landespolitisch bis dahin nie in Erscheinung getreten, parlamentarisch unvorbelastet, wirtschaftlich unabhängig und im übrigen eine gute Figur auf Reitturieren als international anerkannter Klassereiter mit weißem Schal und Filmstar-Lächeln.

CDU-Landesfürst Carl Schröter imponierten diese Qualitäten nicht. Er vermißte bei Bartram die Routine und Wendigkeit, mit der er selber ausgefuchste Oppositionelle hineinlegt. Das kann Bar-

tram nicht. Routinier Schröter warnte weiter, als er nach der unentschiedenen „Kieler-Kaufmann“-Sitzung wieder auf Reisen ging, mit einem Protesttelegramm von unterwegs. Vergebens: Klassereiter Bartram machte das Rennen.

Seitdem zog Carl Schröter mokant die Unterlippe hoch, wenn er wegen der Mißgriffe des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten gefragt wurde, wann mit dem Rücktritt seines CDU-Parteifreundes Dr. Bartram zu rechnen sei: „Herr Bartram ist ein noch sehr junger Politiker. Na ja, man muß ihm noch etwas Anlaufzeit zubilligen.“ Jetzt sagt Schröter ganz offen: Bartram muß weg.

Ministerpräsident Bartram war mehrfach ungeschickt angelaufen, obwohl verhindert der Regierungs-Chef Innenminister Pagel assistierte. Bei Stedgreif - Reden im Landtag gab es erste Pannen. Aber auf



Im Gehen: Bartram

dem 4. CDU-Landesparteitag im vergangenen Dezember legte er um so lauter los, fast zu laut für die benachbarten Dänen. Bartram rieb ihnen ihre millionenschwere Kulturoffensive so undiplomatisch unter die Nase, daß Dänemarks Außenminister Ole Björn Kraft verschnupfte. Die Deutschen in Nord-Schleswig müssen es fühlen.

Auch bei US-Hochkommissar McCloy eckte Dr. Bartram mit einer intuitiven, unprogrammatischen Rede an. Als John McCloy in Kiel vor den Studenten sprach, muckten nicht nur Studenten-Hitzköpfe wegen Landsberg und Helgoland auf, auch Ministerpräsident Bartram schlug allzu kräftig auf denselben Keil. Wegen der Späne meldete er sich dann 14 Tage später, sanftem Drängen folgend, bei McCloy zum inoffiziellen Entschuldigungsbesuch.

Die Wünsche seiner Parteifreunde erfüllte Bartram nur zögernd und unvollständig. Dagegen löste er sein in der Regierungserklärung gegebenes Versprechen prompt ein: die notwendigen drastischen Einsparungen bei den Ministergehältern zu beginnen. Das wurde ihm von einigen Kabinettsmitgliedern aber längst nicht so hoch angerechnet wie von den Wählern, denen er es versprochen hatte.

Diese Mißstimmung benutzte Routinier Carl Schröter für seine persönliche Intervention. Seit Januar 1946 hält der 14-sprachige Studienrat a. D. die Spitze der schleswig-holsteinischen Christen. Vier Landesparteitage wählten ihn alljährlich wieder zum Landesfürsten.

Bis zur Wahl zum stellvertretenden Fraktionsführer in Bonn lief Schröters Nachkriegskarriere wie auf Kugellagern. Dann aber schmorten die Achsen fest. Zum erhofften Delegationsführerstart beim Europa-Rat in Straßburg rollten sie nicht mehr an. Vorher hatten sie schon mal blockiert: als Kanzler Adenauer auf Suche nach einem außenpolitischen Berater seinen engeren Parteifreund Herbert Blankenhorn dem Kieler Linguisten Schröter vorzog. Schließlich blieb nicht einmal ein konsularischer Auftrag für ihn übrig.

„Nun versucht Schröter einen neuen Start in Schleswig-Holstein“, schmunzelt man im Kieler FDP-Hauptquartier. „Wenn man nicht Zweiter in Rom werden kann, muß man eben Erster in Gallien werden.“ So auffallend aktiv Schröter sich jetzt in die Landespolitik einmischte, so auffallend zurückhaltend war er noch vor einem halben Jahr.

Es war damals recht still um den klugen Debattenredner geworden, nachdem ihm die sozialdemokratischen Mitglieder eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses in Kiel bescheinigt hatten, „die Gesetze des politischen Anstandes und der politischen Sauberkeit ernstlich verletzt“ zu haben. Carl Schröter habe als Lizenzträger der CDU-Zeitung „Kieler Nachrichten“ mit Hilfe seiner politischen Stellung versucht, den ehemaligen NS-belasteten Verleger Dr. Heinrich um seinen Gesellschaftsanteil zu prellen.

Diese SPD-Bombe detonierte wohlüberlegt gerade vor der Landtagswahl im Juli. Ihre Splitter setzten Schröter noch wochenlang matt. So kam die Verlegenheits-Ministerpräsidentenschaft Bartram zustande. Heute ist die „Kieler Nachrichten“-Affäre begraben. Durch außergerichtlichen Vergleich sollen die strittigen Besitzverhältnisse der Zeitung geklärt werden.

Seitdem läßt sich Schröter wieder häufiger von seiner Tochter und Chauffeuse nach Kiel fahren, „um meine Hand wieder ordnend in die Landespolitik eingreifen zu lassen“. Er glaubt jetzt den Weg zu hohen und höchsten Aemtern in seinem Heimatland frei. Eine Regierungs-umbildung sei unbedingt notwendig, zumal sowohl Ministerpräsident Bartram wie andere Kabinettsmitglieder in Bonn „nicht immer sehr gut aufgefallen sind“ (Schröter).

Bei diesen Bemühungen war sich Schröters ordnende Hand nicht zu fein, bei der SPD-Prominenz vorzufühlen, ob sie an einer großen Koalitionsbildung interessiert sei. Vor der Landtagswahl im Juli 1950 war alter Stresemann-Demokrat Schröter noch stärkster Feind einer großen Koalition. Damals suchte er einen möglichst weiten Ruck nach rechts. Der Wahlblock CDU/FDP-DP müsse zum Grundstein eines homogenen rechten Bürgerblocks werden.

Vor einigen Wochen grub derselbe Schröter einen Verhandlungsstollen zur SPD-Opposition, an deren Spitze Bartrams Vorgänger Ministerpräsident a. D. Bruno Diekmann steht. Ob er denn Diekmann zurückholen und seinen eigenen Parteigänger Bartram aus dem Sattel stoßen wolle, fragten Schröters Mitchristen. Darauf Schröter: „Besprochen wurde nur, daß Diekmann die Möglichkeit für den Eventualfall nicht verschütten will.“

Diese Besprechungen gingen so vor sich: In den ersten Januartagen traf sich im exklusiven Klub des „Kieler Kaufmann“ Schleswig-Holsteins politische Prominenz zum Souper: Ministerpräsident Dr. Bartram (CDU), Innenminister Dr. Dr. Pagel (CDU), die CDU-Vorstandsmitglieder Schröter und Koch, Landwirtschaftsminister Wittenburg (DP), Finanzminister und stellvertretender Ministerpräsident Kraft (BHE). Die SPD war durch Ministerpräsident a. D. Diekmann und Finanzminister a. D. Professor Gülich vertreten. Die wahlblock-verbündete FDP war nicht eingeladen.

Bald nach dem Essen, als sich Zigarrenrauch über den Köpfen der Landespolitiker kringelte, zog sich Nichtraucher CDU-Schröter mit SPD-Diekmann zum inter-nen Gespräch zurück.

Da nahm DP-Wittenburg seinen Präsidenten Bartram am Arm: „Das geht gegen Sie!“ Bartram verließ zuerst den „Kieler Kaufmann“, DP-Wittenburg und



Mit Prominenten zum Souper  
Landesminister Wittenburg

BHE-Kraft folgten bald; blieben nur noch die Spitzen der CDU und SPD.

Aus dieser Fronde kann aber ohne weitere Vasallen kaum eine neue Regierungskoalition erwachsen. Denn die Mehrheit von CDU-SPD (zusammen 35 Mandate) gegenüber den übrigen Fraktionen im Landtag (34 Sitze) steht auf einer Stimme, abgesehen davon, daß Schröter nicht ohne weiteres alle 16 CDU-Landtagsabgeordneten auf seiner Seite hat.

Um den amtierenden Ministerpräsidenten durch Schröter oder Diekmann zu ersetzen, müßten bei einer so schwachen Koalition alle CDU-Abgeordneten dafür stimmen. Das erwartet selbst Schröter nicht mehr. Deshalb sollen möglichst auch noch Waldemar Krafts 15 BHE-Landtags-abgeordnete für die neue Schröter-Konzeption gewonnen werden. Das unruhige Flüchtlingselement, gefährlich in der Opposition, würde damit wieder mit in die Verantwortung gedrängt und neutralisiert.

Im eigenen CDU-Lager stieß Schröters taktischer Ruck nach links auf heftigen Widerstand, besonders im Lauenburger Land. Dort trommelte jetzt CDU-Kreisvorsitzender Gustav Drews gemeinsam

mit dem FDP-Landtagsabgeordneten Rechtsanwalt Dr. Friedrich Rohloff, DP-Funktionär Hans Dreher aus Stormarn und fünf weiteren Rechtsparteilern die Gründung der „Deutschen Sammlungsbewegung“ aus.

Aus der losen Ehe CDU/FDP/DP will Drews eine neue Partei rechts-sammlerischen Charakters bilden. Das war einmal Schröters Konzeption.

## KERZENSPENDE

### Das ist ein Geschäft

Seit Jahresbeginn parkt die schwarze Polizeilimousine BR 570-345 fast täglich vor der Geschäftsstelle der „Brüder in Not“, Hilfswerk für Ostzonenflüchtlinge in Godesbergs Kölner Straße 71.

Im Auftrag der Staatsanwaltschaft ließen sich Assessor Zug und Kripobeamter Roselieb die Notbrüder-Akten geben, um festzustellen, was aus den vielen Groschen geworden ist, die Hilfswerk-Sammler in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Hessen scheffelten. In allen Schulen, in Betrieben und Gaststätten verkauften die „Brüder in Not“ nach VDA-Muster Hunderttausende von „Gedenkkerzen“, das Stück für 30 Pfennig. Reinertrag im Sammeljahr 1949/50: 450 000 DM.

Davon wurden nach einer Zwischenbilanz von 1950 für Ostzonenflüchtlinge verwandt:

- 44 000 DM als Darlehn
- 1 000 DM für Unterstützungszwecke
- 12 000 DM für das Rote Kreuz
- 88 000 DM für Pakete in die Sowjetzone
- 71 100 DM für zwei Flüchtlingsheime
- 4 000 DM für die Landesverbände
- 3 000 DM für Studienbeihilfen
- macht zusammen 223 100 DM.

Wo sind die übrigen 226 900 DM aus dem Kerzengeschäft geblieben? Die Staatsanwaltschaft will es jetzt wissen. Ueber 100 000 DM Kerzengelder wurden allein durch Aufbau, Organisation und Repräsentanz des Hilfswerks-Verwaltungsapparates aufgezehrt.

„Darin sind aber auch viele praktische Dienstleistungen für die Flüchtlinge enthalten, z. B. Rechts- und Wirtschaftsberatung“, trotzte Hilfswerkleiter Walter Zöller den Revisoren. Daß die „Brüder in Not“ die gesetzlich vorgeschriebene Höchstgrenze von 15 Prozent „für Verwaltungskosten großer öffentlicher Sammlungen“\*) weit überschritten haben (um das Doppelte, behauptet die SPD-Opposition), kann er nicht widerlegen.

Der Vorwurf allzu offenhändiger Großzügigkeit könne aber nur gegen einzelne Personen erhoben werden, sagt Zöller; in erster Linie gegen den früheren Vorsitzenden des „Deutschen Bundes“ (Sammelorganisation der politischen Sowjetzonen-Flüchtlinge) Georg Grosse, unter dessen Oberleitung auch das 1949 gegründete Hilfswerk als einträgliche Nebenorganisation stand.

Grosse, bis 1949 Versorgungsminister in Thüringen, bewahrte sich auch als politischer Flüchtling die Vorliebe für Repräsentation. Jakob Kaiser, Minister für gesamtdeutsche Fragen, gratulierte ihm zu seinem Plan, mit seinem Bund die Ostzonenflüchtlinge für Antisowjetpropaganda zu aktivieren und versprach 25 000 DM Anlaufkredit. Jedoch nicht schriftlich. Der Scheck lag lange ausgeschrieben vor, aber er wurde nicht unterschrieben.

Grosse bestellte gleichwohl schon mal die Bauhandwerker und ließ sich in Godes-

\*) Siehe Verordnung über Spendensammlungen vom 5. November 1934.